

Open Access soll verpflichtend werden

„cOAlition S“ will Veröffentlichungspraxis revolutionieren

| KATRIN SCHMERMUND | Vor allem in den Natur- und Wirtschaftswissenschaften dominieren den Veröffentlichungsmarkt einzelne Großverlage. Nationale Förderorganisationen aus elf EU-Staaten wollen dem mit ihrem „Plan S“ entgegenreten. Aus Deutschland hat ihn noch keine Förderorganisation unterzeichnet.

Die nationalen Förderorganisationen aus elf EU-Mitgliedstaaten wollen Open Access zur Regel machen. „No science should be locked behind paywalls“ heißt es in einem Dokument zu ihrem „Plan S“. Dieser sei die Antwort auf die „zunehmende Notwendigkeit für den unmittelbaren und universalen Zugriff auf Forschungsdaten“. Ab dem 1. Januar 2020 soll der Plan umgesetzt werden.

Zu dessen Unterzeichnern gehören Förderer aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und acht weiteren EU-Staaten. Zusammen investieren sie laut Mitteilung jährlich rund 7,6 Milliarden Euro in Forschung.

Der Kopf der Koalition („cOAlition S“) ist Robert-Jan Smits, Berater der Europäischen Kommission für Open Access und Innovation. Er hat das Vorhaben gemeinsam mit dem Zusammenschluss europäischer Forschungsförderer „Science Europe“ am Europäischen Zentrum für politische Strategie (EPSC) entwickelt.

Smits hofft laut eigenen Angaben, Druck auf die wenigen einflussreichen „Gatekeeper“ in der wissenschaftlichen Verlagswirtschaft ausüben zu können, darunter Elsevier, Springer und Wiley. Sie lenkten durch ihre hohen Subskriptions-Kosten den freien Fluss von Informationen.

Die nach eigenen Angaben unabhängige Nachrichten-Redaktion der

»Der ›Plan S‹ sieht vor, dass Forschungsergebnisse unmittelbar online zugänglich sein müssen.«

Wissenschaftszeitschrift „Nature“ schreibt von einem radikalen Vorstoß, der die Veröffentlichungspraxis in der Wissenschaft in gerade einmal zwei Jahren komplett auf den Kopf stellen könnte.

Ausschluss von renommierten Wissenschaftszeitschriften

Europa brauche einen „radikalen Stoß“, um die Entwicklung von Open Access voranzutreiben, sagte Smits. Man könne das „S“ in ihrem Plan daher unter anderem auch mit den englischen Worten „shock“ oder „speed“ übersetzen, zitiert ihn „Nature“. Weitere Optionen seien „science“ und „solution“.

Die Nutzung von Open Access schreite laut Smits zu langsam voran. Man stehe gerade einmal bei einer Quote von 20 Prozent. Es sei unmöglich, – bei dem aktuellen Tempo – das

Ziel der 28 EU-Forschungsminister zu erreichen, bis 2020 alle öffentlich finanzierten Forschungsprojekte frei zugänglich zu machen.

EU-Forschungskommissar Carlos Moedas begrüßte die Initiative und ermutigte andere nationale Forschungsorganisationen, dem Vorstoß zu folgen. Smits erwartet, dass die EU-Behörde für künftige Förderungen über den Europäischen Forschungsrat und weitere Töpfe Vorgaben nach dem „Plan S“ einführen wird.

Dazu würde auch „Horizont Europa“ gehören, der Nachfolger des aktuellen EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizont 2020“. Open Access wird bei Veröffentlichungen auch jetzt bereits angestrebt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben aber noch eine „Opt-Out-Möglichkeit“. Diese könnte künftig eingeschränkt werden.

Der „Plan S“ sieht vor, dass Forschungsergebnisse unmittelbar – und nicht wie aktuell üblich nach sechs oder zwölf Monaten – online zugänglich sein müssen. Die Urheberrechte sollen bei den Autoren liegen. Diese sollen von den Förderern Geld erhalten, um Open Access publizieren zu können.

Die Förderorganisationen hätten allerdings Einfluss auf den Ort der Veröffentlichung. Geförderte würden nach aktuellem Stand laut „Nature“ von rund 85 Prozent der Zeitschriften ausgeschlossen, weil diese keine unmittelbare Veröffentlichung über Open Access vorsehen – darunter viele mit einem hohen Impact-Faktor wie „Nature“, „The Lancet“ oder „Science“.

Auch sei möglich, dass die Förderer eine Veröffentlichung ablehnten, weil die Forderungen eines Verlags zu hoch

AUTORIN



Foto: © Tiff Eitel/eyetill.com

Katrin Schmermund
ist Redakteurin bei
Forschung & Lehre.

seien. Damit wollen sie den Druck auf die Verlage erhöhen.

In Zeitschriften, die Beiträge nur nach einer Extra-Zahlung unmittelbar zugänglich machten, dürften Wissenschaftler bei Förderern unter dem „Plan S“ nur in einer Übergangsphase publizieren. Anders als Verleger, die argumentieren, dass solche „hybriden Zeitschriften“ Open Access vorantreiben, kritisieren nicht nur die Anhänger vom „Plan S“, dass Verlage doppelt profitieren: Von Bibliotheken kassierten sie zuerst die Subskriptionsgebühren und von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusätzlich noch die Gebühr, damit der Artikel gratis online verfügbar ist.

„Es ist unglaublich, dass sich dieses System so lange halten konnte“, sagte Smits gegenüber der österreichischen Zeitung „Der Standard“.

Deutsche Forschungsgemeinschaft zurückhaltend

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) teilte mit, sie begrüße das koordinierte Zusammenwirken diverser Förderorganisationen zur Realisierung eines Open-Access-Ansatzes. Sie selbst überarbeite ihre Open-Access-Richtlinie dahingehend, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler künftig dazu aufgefordert würden, einen offenen Zugang zu geförderten Forschungsvorhaben zu ermöglichen.

Dabei könnten sie sich sowohl für den „Goldenen Weg“ (sofortige Open-Access-Veröffentlichung) oder den „Grünen Weg“ (Veröffentlichung über Open Access zusätzlich zur Veröffentlichung nach dem Subskriptionsmodell) entscheiden. So weit, eine Open-Access-Veröffentlichung zur Pflicht zu machen, will die DFG aber nicht gehen.

Hans-Christian Pape, Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung sagte laut Medienberichten, man unterstütze Open Access, halte jedoch nichts davon, Forschern vorzuschreiben, wo und wie sie veröffentlichen sollen.

Ähnlich äußerten sich Vertreter des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF). Matthias Egger, Präsident des SNF teilte mit, man könne den Plan trotz grundsätzlicher Unterstützung „zum jetzigen Zeitpunkt“ nicht unterzeichnen. Ähnlich der DFG sehe die Open-Access-Politik 2020 des SNF vor, dass Forschende auch über den „Grünen Weg“ publizieren könnten. „Wir werden nun die Schweizer Hochschulen, die Akademien der Wissen-

KOALITION ZUR FÖRDERUNG VON OPEN ACCESS

Land	Förderorganisation (englisch)	Abkürzung
Frankreich	French National Research Agency	ANR
Großbritannien	UK Research and Innovation	UKRI
Irland	Science Foundation Ireland	SFI
Italien	National Institute for Nuclear Physics	INFN
Luxemburg	National Research Fund	FNR
Niederlande	Netherlands Organisation for Scientific Research	NWO
Norwegen	Research Council of Norway	RCN
Polen	National Science Centre Poland	NCN
Schweden	Swedish Research Council for Sustainable Development	FORMAS
Slowenien	Slovenian Research Agency	ARRS
Österreich	Austrian Science Fund	FWF

Quelle: Science Europe

schaften und andere Partner konsultieren und zu einem späteren Zeitpunkt über eine Unterzeichnung entscheiden“, sagte Egger.

Der Deutsche Hochschulverband (DHV) kritisiert den Grundsatz, dass Förderer ihr Geld an bestimmte Arten der Veröffentlichung knüpfen dürfen. Die Berufsvertretung der Universitätsprofessoren und des wissenschaftlichen Nachwuchses, hält daran fest, dass Wissenschaftler frei entscheiden können sollten, ob sie im Wege von Open Access veröffentlichen oder nicht. Der DHV unterstützt ein Musterverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, in dem die Rechtswidrigkeit staatlicher Publikationsvorgaben festgestellt werden soll.

Der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Peter-André Alt, nannte die Initiative laut „Süddeutscher Zeitung“ dagegen einen „wichtigen Baustein“ auf dem Weg zu einem Open Access-Modell, das die „Schlüsselrolle der Forschungsförderer“ betone.

Verlage: Einschnitt in Wissenschaftsfreiheit

Ein Sprecher des Verlags „Springer Nature“ zeigte sich von dem Vorhaben der „cOAlition S“ wenig begeistert. Er kritisierte, dass der Plan zu einem Flickenteppich in der Veröffentlichungspraxis führen werde und der Ausschluss von Zeitschriften, die eine unmittelbare

Veröffentlichung über Open Access nur gegen Aufpreis ermöglichen, einen Einschnitt in die Wissenschaftsfreiheit bedeute.

Der Verlag „Elsevier“ nahm laut Medienberichten keine Stellung. Der Verlag schloss sich lediglich der kritischen Haltung eines internationalen Zusammenschlusses an, der sich ebenfalls auf einen Einschnitt in die Wissenschaftsfreiheit berief. Aktuell haben viele Forschende in Deutschland keinen Zugriff auf Zeitschriften des Verlags, weil die Verhandlungen zwischen deutschen Forschungseinrichtungen und Elsevier gescheitert sind.

Smits will derweil laut Bericht von „Nature“ in weiteren Ländern für seine Pläne zum „Plan S“ werben, darunter auch in den USA. Ihm sei aber wichtig, den Kampf gegen die horrenden Subskriptions-Kosten von Verlagen auch ohne diesen starken Player im Veröffentlichungswesen anzugehen.